Städteinitiative Sozialpolitik
Initiative des villes pour la politique sociale

MEDIENMITTEILUNG Bern, 28. August 2012

Kennzahlenbericht Sozialhilfe: leichter Fallanstieg, stabile Sozialhilfequote

Der Kennzahlenbericht Sozialhilfe der Städteinitiative Sozialpolitik zeigt für 2011 über alle dreizehn untersuchten Städte hinweg einen leichten Fallanstieg um 1 Prozent. Die Sozialhilfequote blieb aufgrund des Bevölkerungswachstums praktisch unverändert.

Über alle dreizehn untersuchten Städte hinweg betrachtet, nahm 2011 die Anzahl der Sozialhilfefälle um gut 1 Prozent zu. Damit setzte sich die Entwicklung des Vorjahrs fort, als der seit 2006 beobachtete Trend sinkender Fallzahlen gestoppt worden war und erstmals wieder ein leichter Fallanstieg resultiert hatte. Im Detail ist das Bild uneinheitlich: Sieben Städte (Basel, Bern, Biel, Lausanne, Schaffhausen, Uster und Winterthur) weisen teilweise stark steigenden Fallzahlen auf, während diese in den anderen sechs Städten (Luzern, St. Gallen, Schlieren, Wädenswil, Zug und Zürich) leicht abnahmen oder stagnierten.

Weil viele Städte zugleich ein Bevölkerungswachstum verzeichneten, hat sich die Sozialhilfequote – der Anteil der Bevölkerung, der auf Sozialhilfe angewiesen ist – kaum verändert. Die Quote variiert zwischen den Städten sehr stark und bewegt sich zwischen 1,3 bzw. 1,7 Prozent (Uster bzw. Zug) und 9,8 bzw. 11,4 Prozent (Lausanne bzw. Biel). Die Unterschiede hängen mit Grösse, Lage, Bevölkerungsstruktur und wirtschaftlichem Umfeld zusammen.

AVIG-Revision: gutes konjunkturelles Umfeld, Koordinationsbedarf bleibt
Die am Kennzahlenbericht beteiligten Städte haben erfasst, wie viele Personen aufgrund der am 1. April 2011 in Kraft getretenen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) neu in die Sozialhilfe aufgenommen wurden. In den meisten Städten lag der Anteil an den neuen Fällen, der auf die Revision zurückzuführen ist, zwischen 5 und 15 Prozent. Insgesamt waren die Auswirkungen der Revision auf die Sozialhilfe bis anhin weniger gravierend, als die Städte im Vorfeld befürchtet hatten, was im Wesentlichen der unerwartet guten Konjunktur zu verdanken ist.

Eine abschliessende Bilanz der AVIG-Revision lässt sich aus den Zahlen aber nicht ziehen: Ihre mittel- und langfristigen Auswirkungen und der Einfluss auf die schon laufenden Fälle lassen sich nicht beziffern. Dass niemand genau weiss, was mit den aufgrund der Revision vorzeitig ausgesteuerten rund 13'000 Personen geschehen ist, beweist die Aktualität der Forderung der Städte nach einer besseren Koordination des Sozialstaats. Die Betreuungslücke zwischen Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe gefährdet die berufliche und soziale Integration der betroffenen Menschen.

Städteinitiative Sozialpolitik
c/o Stadt Zürich, Sozialdepartement, Werdstrasse 75, Postfach, 8036 Zürich
Telefon +41 44 412 60 12, Telefax +41 44 412 66 09
info@staedteinitiative.ch, www.staedteinitiative.ch

Weitere Informationen:
Download des Berichts: www.staedteinitiative.ch > Kennzahlen > Kennzahlenbericht aktuell
Geschäftsstelle Städteinitiative Sozialpolitik, 044 412 61 55
Die Kontaktpersonen der beteiligten Städte finden sich auf der beiliegenden Liste.

Hintergrundinformationen zur Städteinitiative Sozialpolitik
Die Städteinitiative Sozialpolitik vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen und setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.